

Wir empfehlen eine Veranstaltung der AANO:

**Jeder will sie, kaum einer kriegt sie:**

## **Gerechtigkeit – was ist das?**

**Vortrag & Diskussion**

**Referent: Dr. Rolf Röhrig (Redaktion GEGENSTANDPUNKT)**

**Dienstag, 23. April 2013, 19 Uhr · Universität Hamburg,  
Großer Hörsaal des Fachbereichs Erziehungswissenschaften (PI), Von-Melle-Park 8**

Wo immer heutzutage eine Kritik vorgetragen wird, ergeht sie im Namen der Gerechtigkeit, die man vermisst. Nicht wenige Arbeitnehmer finden die exorbitanten Managergehälter ungerecht. Die meisten Manager halten diese Beschwerde für ungerecht, weil sie doch ausweislich des Firmengewinns die wahren Leistungsträger seien, die ein-

fach verdienen, was sie an Vergütung verdienen. Alte Leute halten die Rentenkürzungen durch die Regierung für eine Ungerechtigkeit, weil sie sich um den Ertrag ihrer Lebensleistung und ihre Beitragszahlungen betrogen sehen. Das Gros der Jungen hält die Kürzungen für ein Gebot der Gerechtigkeit, weil sie mit immer größeren

Abzügen von ihrem Einkommen für den Lebensabend der Alten zur sozialstaatlichen Kasse gebeten werden. Wenn dann Beschwerdeführer, die sich in ihren Interessen geschädigt sehen, praktisch tätig werden und sich einmal zu einer Forderung verstehen, ergeht diese wieder im Namen der Gerechtigkeit, die es durchzusetzen gilt. →

Wir empfehlen den Jour Fixe des GEGENSTANDPUNKT

## **Die Zypern-Krise und ihre Abwicklung – ein „Modellfall“ ... für was eigentlich?**

**Dienstag, 9. April, 19.30 Uhr · Werkhof, Gaußstraße 25 (Ecke Nernstweg)**

– Zypern soll wegen seines untragbaren „Geschäftsmodells“ in die Krise geraten sein: Die Bilanzsumme der Banken beläuft sich auf das „Achtfache“ des Bruttoinlandsprodukts, das mit fünf !!!!! versehen und fertig ist der Schluss: Das konnte ja nicht gut gehen! Was eigentlich? Steht die angeprangerte Bilanzsumme in der Sache nicht für ein wachsendes Bankengeschäft auf dem zyprischen Finanzplatz, in dem

die Vermarktung auswärtigen Geldvermögens – aus Russland, Arabien aber auch Großbritannien – den € als geldkapitalistisch brauchbare Weltwährung ein klein wenig gestärkt hat? Bis zur Krise des europäischen Finanzkapitals jedenfalls.

– Bei der „Rettung“ Zyperns ist es nach Aussagen von Insidern heftig zur Sache gegangen: Namentlich der deutsche Finanzminister soll den zyprischen Politi-

kern, wie sie selbst sagen, „die Pistole an den Kopf gehalten haben“, um ihnen die „Zerstörung“ ihres „dubiosen Geschäftsmodells“ abzupressen. Aber was hätte er davon, den Inselstaat vollends in den Ruin zu treiben, den er gleichzeitig als „systemrelevant“, also zu „retten“, einstuft? Der Eigenart der diesmaligen →

„Wohnen darf keine Ware sein!“..Seite 3  
Gegenstandspunkt 1-13.....Seite 4  
Forum Gegenargumente.....Seite 4

## Gerechtigkeit ... Fortsetzung von Seite 1

Die Kleinen werden für die Bewältigung der Finanzkrise kräftig zur Kasse gebeten, die Großen kommen glimpflich davon – so sieht es die Initiative von gewerkschaftlichen und linken Vereinen, die für UmFAIRteilung demonstrieren und eine faire, also gerechte Verteilung der Lasten auf Arme und Reiche einfordern. Ein Vorteil wird schon gar nicht mehr angestrebt, stattdessen feilschen solche Vorstöße um das rechte Maß des Schadens, den man hinzunehmen bereit ist. Gerechtigkeit scheint also höher zu stehen als

die Befriedigung des Interesses selbst, wenn der eigene Schaden dadurch erträglich wird, dass die Belastung anderer ein Stück nach oben gefahren wird.

Es ist schon merkwürdig: Was für den einen gerecht, ist für den anderen ungerecht, und der Volksmund weiß, dass die Verwirklichung von Gerechtigkeit der Quadratur des Kreises gleichkommt: „Allen Menschen Recht getan, ist eine Kunst, die keiner kann.“ Alle wollen sie dasselbe, Gerechtigkeit, und doch liegen sie in einem unauflösbaren Streit darüber, worin

der Inhalt der Gerechtigkeit besteht. Was macht Gerechtigkeit so flexibel, dass sie für alle, auch gegensätzliche Anliegen, als Legitimierung taugt? Und was macht sie so attraktiv, wenn doch alle nur im Streit darüber liegen, was gerecht sei?

So viel sei vorweg genommen: Man sollte seine Energie nicht auf die Frage verschwenden, wie man zu einer Gerechtigkeit findet, die allen frommt. Gerechtigkeit selbst ist nämlich ein Fehler, ein äußerst schädlicher dazu, von dem man besser die Finger lässt.

## Zypern-Krise ... Fortsetzung von Seite 1

„Rettung“ eines €-Mitglieds mit „Eigenanteil“, sprich: zwangsweiser Vergesellschaftung der angelegten Privatvermögen zum Werterhalt des kaputten Bankkapitals, ist ja eher zu entnehmen, wie er Zypern als Bestandteil von €-Land erhalten will.

– Laut Schäuble „trifft es die Richtigen“, wenn zur Bankenrettung in Zypern auf das Geld der An- und Einleger zugegriffen und nicht der gute Kredit Deutschlands herhalten muss. Besonders im Fall Zypern, wo er nichts auslässt, um dem sonst geschützten und geheiligten Privateigentum dort den Ruch der Illegalität zu verpassen. Allgemein gibt er zu bedenken, dass selbst Schuld hat, wer sein Geld bei krisengefährdeten Banken im Vertrauen auf „Sicherheit“ und zu höheren Zinsen als den bei hierzulande üblichen Nullzinsen anlegt, also auch damit rechnen muss, dass es weg ist, wenn Banken sich „verzocken“ und gerettet werden müssen. Die-

se interessante Gleichschaltung von Bankkunde und Bankeigentümer zu einer Gesellschaft mit einseitiger Haftung im Krisenfall lassen sich seine europäischen Kollegen gesagt sein: Der Chef der €-Gruppe kündigt das als „Modellfall für die Zukunft“ an, dementiert, um keinen „Bank-Run“ auszulösen, und hält explizit an der Sache fest, während der Außenminister Luxemburgs, das als gleiches oder schlimmeres „Geschäftsmodell“ wie Zypern ins Gerede kommt, Deutschland „Hegemoniestreben“ vorwirft. Lässt sich so sagen, was in Zypern abgewickelt wurde?

**Im GEGENSTANDPUNKT 1-13\* ist zu lesen:**

*„Aktuell bietet sich ihnen (den deutschen Imperialisten) mit der Zypern-Krise zudem ein Nebenschauplatz im Kampf um die €-Rettung, hinter dessen auffälligen Besonderheiten – alles überschat-*

*tend der Vorwurf der „Geldwäsche“ durch einen Bankensektor, an dessen heftig skandalisierter Übergröße bis neulich keiner der seriösen Euro-Verwalter Anstoß genommen hat: schließlich ist auch auf dem Weg Geldkapital in den Euro-Raum geflossen! – glatt verschwindet, dass es natürlich schon wieder um dasselbe geht: um den unaufgelösten Widerspruch, den Deutschland auch um keinen Preis auflösen will, zwischen der Funktionalisierung fremder Länder und der Übernahme finanzieller Verantwortung für ihr Überleben, zwischen Ruin ihrer Souveränität und Rettung um den Preis ihrer Unterordnung.“*

Das wäre an der Krisenaffäre Zypern zu überprüfen.

**\* Von der D-Mark zum Euro und keinesfalls wieder zurück**

Deutschlands Anteil an Europas Finanzkrise und sein imperialistisches Interesse an ihrer Bewältigung (S. 84)

## „Wohnen darf keine Ware sein!“

Die Mieten steigen unaufhörlich. Ein Normalverdiener zahlt heute mehr als ein Drittel seines Einkommens für ein Dach über dem Kopf. Wohnen wird nach 150 Jahren kapitalistischen Wachstums für viele zu einem unerschwinglichen Luxus. Warum ist das so? Zeitungen und Nachrichten vermehren, die Alten seien das Problem, weil sie länger leben und Wohnraum für Nachrücker nicht frei machen. Aber auch die Jungen werden zum Problem erklärt, weil heutzutage viele als Single Wohnflächen belegen, die früher von zwei Personen genutzt wurden. Weniger Neubauten und fehlende staatliche Bauförderung machen den Katalog komplett.

Nein, weder die Alten, noch die Jungen sind Ursache für die Misere. Wenn die Zahl der Interessenten die Menge verfügbaren Wohnraums wirklich übersteigt, gäbe es in einer vernünftigen Produktionsweise nur eine rationelle Antwort: mehr Wohnungen bauen! An Baustoffen und Betrieben fehlt es auch hier und heute nicht. Die Marktwirtschaft und ihre vermögenden Immobilienbesitzer und -firmen aber antworten auf das veränderte Verhältnis von Nachfrage und Angebot ganz anders: Mieten hoch! Die neue Marktlage nutzen sie als ihren Erpressungshebel für die Durchsetzung höherer Preise. Ob wirklich der Wohnraum zu knapp ist, wird man nie erfahren; dass aber bezahlbarer Wohnraum nicht verfügbar gemacht wird, ist unübersehbar. Die Versorgung der Bevölkerung gehört im Kapitalismus einfach nicht zu den Aufgaben einer Wirtschaft, in der sich alles um die Vermehrung von Geldvor-

schüssen dreht. Mit dem Wohnen wird wie mit allem anderen ein Geschäft gemacht, mit dem Investoren sich und ihre Firma bereichern. Bedürftige, die die verlangten Mietpreise nicht zahlen können, bleiben auf der Strecke. Wohnen kommt als abhängige Variable einer Gewinnkalkulation von Grund- und Immobilienbesitzern zustande, oder es findet nicht statt. Deshalb ist nicht einmal die extreme Form von Wohnungsnot, wie sie dem frühen Manchesterkapitalismus zugerechnet wird, in einer blühenden Marktwirtschaft ausgestorben. Eine Viertelmillion Obdachloser werden in Deutschland gezählt – neben einem gehörigen Leerstand an Wohnungen, mit dem ihre Besitzer auf einen weiteren Preisauftrieb am Markt spekulieren, den sie für sich ausnutzen wollen. Das ist skandalös, aber sachgerecht. Es folgt aus der gewinnträchtigen Nutzung des Eigentums an Grund und Gebäuden.

Das Gros der arbeitenden Menschheit ist den steigenden Anforderungen der Immobilienbranche immer weniger gewachsen. Nicht zuletzt deshalb, weil das Einkommen, das für die Miete in Anspruch genommen wird, durch eine andere Kapitalfraktion ständig beschnitten wird: Für das Wachstum der Betriebe werden die Löhne der Beschäftigten real gesenkt; die Einrichtung eines wachsenden Niedriglohnsektors in Deutschland gilt als große wirtschaftspolitische Errungenschaft für die Konkurrenzfähigkeit des ganzen Standorts. Arbeitern und Mietern wird also von gleich zwei Kapitalfraktionen zugesetzt: Für Immobilienbesitzer kann der

Einkommensanteil, den sie mit der Miete in ihre Kasse lenken, nicht hoch genug sein; für Industrie und Kommerz kann dieses Einkommen insgesamt gar nicht niedrig genug fest gesetzt werden.

Die Empörung der Betroffenen über ihre Lage ist nur zu verständlich. Die Richtung, die sie bei manchem Protest nimmt, dagegen weniger: „Wohnen darf keine Ware sein!“ Ein Slogan, der sich in eine Reihe mit bereits bekannten Parolen ähnlicher Art stellen kann: „Bildung darf keine Ware sein!“, „Gesundheit darf keine Ware sein!“ Was soll dann überhaupt noch Ware sein, wenn dieser Umstand für die Mehrheit so böartige Konsequenzen nach sich zieht? An diesen speziellen Gütern entdecken die Menschen eine Wahrheit: Dass es nämlich für sie etwas Schlechtes ist, wenn benötigte Güter als Ware auf die Welt kommen. Denn der Warenbesitzer betreibt sein Geschäft nie für die Versorgung anderer, sondern für die eigene Bereicherung. Nicht ein Dienst am Bedürfnis Dritter, die Ausnutzung seiner Zahlungskraft ist bezweckt. Die Folgen davon sind aktuell am Wohnungsmarkt zu besichtigen.

Diese Wahrheit nimmt aber kaum jemand ernst. Es ist nämlich nicht in Ordnung, die Ware im Einzelfall für das Böse, die Warenwirtschaft als ganze aber für das Gute zu halten, das als Marktwirtschaft hoch im Kurs steht und allseitige Anerkennung genießt. Die Marktwirtschaft ist nicht besser als das Bild, das der Wohnungsmarkt von ihr soeben zeichnet.

## Neu im Buchhandel

**GEGENSTANDPUNKT**  
Politische Vierteljahresschrift

**1-13**

Die französische Militärintervention in Mali  
Ein Blitzkrieg für die Sicherheit des Westens

Von der D-Mark zum Euro und keinesfalls wieder zurück  
Deutschlands Anteil an Europas Finanzkrise und  
sein imperialistisches Interesse an ihrer Bewältigung

Krise in Spanien  
Der spanische Beitrag zur europäischen Schuldenkrise

Österreich in der Krise  
Der Aufstieg eines Kleinststaats in und mit Europa  
stößt an seine Grenzen

Zur Broschüre des Ums-Ganze-Bündnisses:  
„Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit“  
Statt Kritik des Systems der Ausbeutung  
eine radikalkritische Absage an den „Systemzwang“

---

Neues vom Kampf um Arbeitsplätze:  
Im Namen Deutschlands gegen Bevormundung von außen  
Der neueste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:  
Armut in Deutschland – problematisiert und für gut befunden  
Talkshows über Armut und Reichtum im Kapitalismus:  
Eine Studie über Techniken moralischer Urteilsbildung  
„High Society oder Hartz IV: Wer sind die wahren Asozialen?“  
„Abstiegsangst – Bleiben die Fleißigen auf der Strecke?“  
„Die Zukunft ist grau – Leben die Alten auf Kosten der Jungen?“  
„Gerechtigkeit: Wer kann heute noch in Wohlstand leben?“

### Aus dem Inhalt:

– **Sandra Maischberger, Anne Will, Frank Plasberg und Günther Jauch kümmern sich um Armut und Reichtum im Kapitalismus**

Anlässlich des regierungsamtlichen „Entwurfs des 4. Armuts- und Reichtumsberichts“ widmen sich gleich vier Talkshows der Sache: „*High Society oder Hartz IV: Wer sind die wahren Asozialen?*“ (Maischberger) „*Mittelschicht in Abstiegsangst – Bleiben die Fleißigen auf der Strecke?*“ (Will) „*Die Zukunft ist grau: Leben die Alten auf Kosten der Jungen?*“ (Plasberg) „*Wer kann noch in Wohlstand leben?*“ (Jauch) So die Themen, die sich um ein und dieselbe Frage drehen: Geht die *Verteilung* von Armut und Reichtum hierzulande in Ordnung?

Das zeugt von professioneller Ignoranz: Keine Diskussion wirft einen Blick auf die

Sphäre, in der Reichtum und Armut zustande kommen. In der Verteilungsfrage von heute ist offensichtlich jede Erinnerung an die *Produktion* des gesellschaftlichen Reichtums, mit der über dessen Verteilung grundsätzlich entschieden ist, und jedes Bewusstsein von einem Gegensatz von Kapital und Arbeit getilgt. Was bleibt dann?

– **Krise und Krisenkonkurrenz in Europa: Deutschland, Spanien, Österreich**

Kein Euro-Staat will wissen, dass und wie sein nationales Kapital und er als dessen machtvoller Förderer zur Überakkumulation und Euro-Krise beigetragen hat. Alle sehen sich mit ihren kapitalistischen Wachstumsanstrengungen und -erfolgen reihum als Betroffene: als Opfer – und zwar der Misswirtschaft der anderen. Aus deutscher Sicht sind es die „Pleitländer“, die sich mit der Lizenz, den Euro als ihre Währung zu benutzen, in ihrer mangelnden Konkurrenzfähigkeit eingerichtet und, statt Wachstum zu produzieren nur immer mehr Schulden aufgehäuft hätten. In dieser Sicht der Dinge wird darüber hinweggesehen, dass zu Schulden, auch und erst recht zu solchen von Staaten allemal ein Gläubiger dazugehört, der Kredit gibt, um sich zu bereichern. Die bemängelten Schulden sind anderswo verbuchte Vermögenswerte: bis neulich erfolgreiche, jetzt aber gefährdete Finanzgeschäfte mit den Kreditbedürfnissen europäischer Standorte und Staaten. In den katastrophalen Bilanzen der Euro-Problemstaaten bilanziert sich zugleich der deutsche Konkurrenzenerfolg. In den politischen Widerständen, die sie dem deutschen Weg der Euro-Rettung entgegenbringen, zeigen sich andererseits die Schranken, auf die das Projekt eines für deutsche Weltmarktmacht tauglichen, nicht nur ökonomisch dominierten Europa stößt. Mit dem

Fortgang der Euro-Staatsschuldenkrise steht also ein Hauptkapitel der Staatsräson der BRD auf dem Spiel.

Umgekehrt machen andere Staaten, deren nationales Wachstum und deren staatliche Kreditwürdigkeit danieder liegt, Deutschland für ihre andauernde Misere haftbar: Mit Merkels Weigerung, für deren Schulden mit Garantien einzustehen, und ihrem Beharren auf harten Konditionen für den Euro-Rettungsfonds würgt Deutschland jede Möglichkeit ab, nationales Wachstum in Gang zu bringen, und bevormundet Europa bis zur Unerträglichkeit, so die Sicht – nicht nur – in Spanien und Italien. Damit wird vornehm verschwiegen, dass diese Länder bis neulich mit ihrer Teilhabe am Euro und europäischen Markt massenhaft finanzkapitalistische Spekulation auf sich gezogen und erfolgreich über ihre nationalen Schranken hinausgewirtschaftet haben – so dass sie jetzt zu Hauptbetroffenen der Finanzkrise und der politischen Konkurrenz um ihre nationale Bewältigung geworden sind. Jetzt leiden sie an der weitreichenden Abhängigkeit und am Verlust an Souveränität, den das Gemeinschaftsgeld und Deutschlands Krisenpolitik ihnen aufnötigt.

**In Hamburg ist der GEGENSTANDPUNKT in folgenden Buchläden erhältlich:**

Heinrich Heine Buchhandlung, Grindelallee 26 · Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55 · Mühlenkamper Bucherstube, Peter-Marquart-Str. 11 · Buchhandlung Kurt Heymann, Eppendorfer Baum 27, Hudtwalckerstr. 35 und Osterstr. 134 · Buchhandlung Axel Lüders, Heußweg 33 · Comic-Laden Kollektiv, Fruchttalallee 130 · Alice im Bücherland, Eppendorfer Weg 103 · sowie in den Buchläden am Hauptbahnhof/Bahnhof Altona und Airport Hamburg

## Arbeitskreis FORUM GEGENARGUMENTE /AANO

Im AK „FORUM GEGENARGUMENTE“ werden aktuelle und grundlegende Themen aus Politik, Wirtschaft, (Aus)bildung und anderen Gesellschaftsbereichen diskutiert. Zur Debatte stehen also System und Alltag unseres kapitalistisch bestimmten Gemeinwesens und seiner demokratischen Ordnung. Wer sich diese nicht von in Öffentlichkeit und Wissenschaft verbreiteten Ideologien schönfärben lassen, sondern wissen will, wie und zu welchem Zweck unsere gesellschaftlichen Verhältnisse eingerichtet sind und wie sie funktionieren, ist herzlich eingeladen zu den nächsten Terminen, auf denen folgende Themen vorgesehen sind:

**Mi, 17.4.: Streik bei Neupack – Arbeitskampf für Tarifpartnerschaft**

**Mi, 22.5.: Thema noch offen**

**Ort: Universität Hamburg, Allende-Platz 1, Pferdewall, R 104 · Zeit: jeweils 18.30h**